

**167. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 14. November 2016**

Antrag Nr. 1

**Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammern fordert vom zuständigen eine menschliche Asylpolitik zu zuführen.**

**Begründung:**

So sieht die Abschottungspolitik der Regierung aus: Schutzsuchende Menschen sollen bereits an der Grenze abgewiesen werden und Menschen, die dagegen protestieren, werden des Platzes verwiesen!

Die Polizei hat ein großräumiges Platzverbot rund um das Bundeskanzleramt erlassen.

Obwohl Sie wurden unsere Antwort auf ihre Unrechtspolitik nicht zu hören bekommen, wir lassen uns nicht den Mund verbieten!

**Daher fordern wir:**

- >> Bekämpfung von Fluchtursachen, nicht von Flüchtenden!
- >> Einführung einer zivilen Seenotrettungsmission!
- >> Kein Zäune in und um Europa!
- >> Menschenwürdige Unterbringung und Behandlung entlang der Fluchtrouten und am Ankunftsort!
- >> Abschiebungen stoppen!
- >> Arbeitsmarktzugang für Asylwerbende!
- >> Keine Kürzung von Sozialleistungen!
- >> Solidarität mit allen Menschen, die sich auf der Flucht befinden!

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

## **AK-Liste „Bunte Demokratie für Alle“ (BDFA)**

### **167. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 14. November 2016**

#### Antrag Nr. 2

#### **Die 167. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammern fordert von der Regierung Rassendiskriminierung zu bekämpfen.**

#### **Begründung:**

Am 21. März 1960 wurde eine friedliche Demonstration in Sharpeville in Südafrika in Reaktion auf ein Gesetz über die Apartheid blutig niedergeschlagen und hat 69 Menschen das Leben gekostet. In Reaktion darauf haben die Vereinten Nationen 1966 den 21. März als "Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung" ausgerufen.

Doch auch Sechszwanzig Jahre nach der Überwindung des Apartheidregimes bleibt Rassismus weltweit und auch in Europa und Österreich tief in der Gesellschaft verwurzelt und zeigt täglich seine mörderischen Auswirkungen - Zäune werden in und um Europa aus dem Boden gestampft, die Flüchtlingspolitik wird zunehmend militarisiert und die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer steigt täglich. Es reicht. Wir wollen Rassismus und der rassistischen Flüchtlingspolitik in Europa eine Absage erteilen.

Wir wollen für eine Gesellschaft eintreten, in der Rassismus bekämpft werden.

Wir wollen für eine Gesellschaft eintreten, in der menschenwürde beachtet werden und in der nicht Flüchtlinge, sondern Fluchtursachen als Problem gesehen und bekämpft werden.

Wir begreifen die Einwanderungsthematik als Teil der Sozialen Frage und wollen rassistischen, menschenfeindlichen, rechten und rechtsextremen "Lösungsvorschlägen" nicht das Feld überlassen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig